



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

	Es informiert Sie	Sylvia Meyer
	Anschrift	Rathaus Barmen 42275 Wuppertal
Herrn Arnold Norkowsky	Telefon (0202)	563-54 59
	Fax (0202)	59 64 88
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit	E-Mail	sylvia.meyer@gruene-wuppertal.de
	Datum	21.01.2014
<b>Große Anfrage</b>	<b>Drucks. Nr.</b>	<b>VO/0079/14</b> öffentlich

---

Zur Sitzung am  
**06.02.2014**

Gremium  
**Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit**

---

### **Innovative Ansätze in der Wohnungslosenhilfe - niedrigschwellige Wohnangebote - jetzt!! Verbesserung der wohnlichen und psychosozialen Versorgung bei Obdachlosigkeit**

Sehr geehrter Herr Norkowsky,

die Situation von Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen ist nicht nur in den Wintermonaten schwierig. Oftmals haben diese Menschen mannigfaltige Probleme (Suchtmittelabhängigkeit und psychische Problematiken), die eine Eingliederung in den klassischen Mietwohnungsmarkt schwierig machen. Dennoch muss es möglich sein, dem betroffenen Personenkreis eine wohnliche Perspektive abseits der Notschlafstellen zu ermöglichen. Im Jahre 2009 gab es eine Fachtagung der der Stadt mit dem Titel „psychisch Krank und obdachlos“. Hierzu sind in der Quintessenz folgende Perspektiven für Wuppertal von den Fachkräften benannt worden:

- die stärkere Vernetzung der Versorgungssysteme
- der Bereich der aufsuchenden Hilfen sollte hinsichtlich der medizinischen, beratenden und sozialarbeiterischen Hilfen ausgebaut werden
- Schaffung einer niedrigschwelligen Wohneinrichtung ähnlich des Münsteraner Modells der „Pension Plus“.

Hieraus ergeben sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Fragen:

- 1) Gibt es einen regelmäßigen institutionalisierten fachlichen Austausch zwischen den zuständigen Mitarbeiter\*innen der Stadt und den Mitarbeiter\*innen der Freien Träger, der über das Maß der eng nach Tätigkeitsfeld aufgeteilten Fachgruppen der AG für psychosoziale Angelegenheiten hinaus geht, um das Thema „Wohnungslosigkeit“ interdisziplinär zu bearbeiten?

- 2) Ist an der stärkeren Vernetzung der Versorgungssysteme Träger übergreifend weiter gearbeitet worden?  
Wenn ja, was sind die konkreten Ergebnisse?
- 3) Ist die Idee der Einrichtung einer zusätzlichen niedrighschwelligen Wohnmöglichkeit analog des Konzeptes „Pension Plus“ weiter entwickelt worden?
- 4) Wie hoch werden die Kosten für den Betrieb einer solchen Einrichtung eingeschätzt?
- 5) Welche Potenziale und Formen der Finanzierbarkeit sieht man seitens der Stadt für eine solche Einrichtung?  
Könnten hierfür z.B. Stiftungsgelder oder Zuschüsse aus dem ESF eingeworben werden?
- 6) Gab es bezüglich des Betriebes einer solchen Einrichtung Gespräche mit den Freien Trägern?
- 7) Gab es konkrete Überlegungen und Gespräche mit Wohnungsbaugenossenschaften oder privaten Vermieter\*innen?
- 8) Sollte die Idee einer niedrighschwelligen Wohneinrichtung nicht weiter verfolgt worden sein, wo lagen die Gründe dafür?
- 9) Wo sieht die Stadt trotz enger Finanzlage der Kommunen und der Freien Träger Verbesserungsmöglichkeiten für die Gesamtsituation der Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen, gerade im Kontext des Spannungsfeldes „psychische Erkrankung“?

Mit freundlichen Grüßen

Ilona Schäfer  
Stadtverordnete

Marcel Simon  
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit